Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 82 (2002)
Heft: 2

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

Die Mär von der Neutralität

Wer im erbitterten Abstimmungskampf um den Uno-Beitritt versucht, den malträtierten Begriff Neutralität auf seine eigentliche Bedeutung zurückzuführen, scheitert kläglich. Für die Gegner ist die mythisch überhöhte, geradezu identitätsstiftende Formel zur Hauptwaffe geworden, mit der am 3. März an der Urne die Entscheidung gesucht wird. Viel anderes gibt es ja nicht. Die Zusatzkosten sind verglichen mit fast beliebigen Budgetposten bescheiden. Nachteile ausfindig zu machen, fällt schwer – freilich sollte auch der konkrete Nutzen nicht über Gebühr propagiert werden. Sicherheitspolitisch lässt sich gegen das Bestreben der internationalen Staatengemeinschaft, kriegerische Konflikte zu vermeiden oder zu entschärfen, nicht ernstlich anrennen, man kann höchstens die Erfolgsquote in Frage stellen.

Also muss man im Fundus unseres politischen Selbstverständnisses suchen. Und hier zieht man nicht etwa die Begriffe Unabhängigkeit oder Souveränität hervor, die sich ohne intellektuelle Verrenkungen verabsolutieren liessen, sondern eben die Neutralität, den an sich komplexen Begriff aus dem Völkerrecht, der seine Wirkung im Grunde nur mit der Anerkennung durch andere Staaten, potenzielle Konfliktparteien entfaltet. Genau dies ist indes nicht gemeint. Die Neutralität ist hier gewissermassen gesteigerte Unabhängigkeit, das Recht auf Abseitsstehen ohne Rücksicht auf Verluste.

Sei's denn, auf diesem Feld muss der Kampf geführt werden. Was bedeutet nun die so trutzig beschworene Neutralität? Im Gegensatz zum korrekt definierten Begriff, der Rechte und Pflichten umfasst, gilt die populistische Abwandlung für die Schweiz voraussetzungslos, aber auch ohne jede Verpflichtung anderer Staaten. Sie könnte folgenlos beschädigt werden, sei es durch territoriale Übergriffe, die gegenwärtig unwahrscheinlich sind, sei es durch wirtschaftliche oder politische Druckausübung. Hilfe wäre nicht zu erwarten, sofern nicht eine Gegenmacht ein Eigeninteresse daran hätte. Was sich für den neutralen Kleinstaat inmitten von Konfliktparteien bewährt hat, könnte als freiwillige Selbstisolation in einer Umgebung verbündeter Machtblöcke gefährlich werden. An Anzeichen solcher Bedrohungen hat es in jüngster Zeit nicht gefehlt.

Die Schweiz ist heute nicht nur eines der wohlhabendsten, sondern auch eines der globalisiertesten Länder dieser Welt, mit vielfältigsten wirtschaftlichen Verflechtungen, die zunehmend supranationalen Regulierungen ausgesetzt sind. Politische, wirtschaftliche, kulturelle, soziale und humanitäre Vereinbarungen lassen sich auch auf internationaler Ebene nicht mehr säuberlich trennen, wie das in den Anfangszeiten der Uno-Organisationen vielleicht noch der Fall war. Wie auf der nationalen Ebene die wirtschaftlichen Interessen sich immer deutlicher als von politischen Rahmenbedingungen abhängig erweisen, ist auch die wirtschaftliche Weltoffenheit, der wir uns rühmen und von der wir profitieren, ohne aktive Interessenvertretung im Konzert der politischen Mächte auf die Dauer nicht zu sichern. Dass «die Wirtschaft» sich positiv in dieser politischen Auseinandersetzung engagiert, hat seinen Beweggrund gewiss nicht in einem idealistischen Internationalismus, sondern in der Erfahrung eines zunehmend politisch mit beeinflussten globalen Wettbewerbs.

Aussenpolitisch hat die Schweiz in den letzten Jahren erlebt, dass einer der Trümpfe ihrer Neutralität, die Disponibilität für «gute Dienste», immer weniger sticht. Die einst weitherum respektierte Maxime droht zunehmend zum ideologischen Mäntelchen egoistischer Eigenbrötelei zu werden. Dass sie noch nicht Mitglied der Uno ist, mag – wenn überhaupt – als Kuriosum zur Kenntnis genommen werden. Dass sie sich der Zugehörigkeit zur Völkergemeinschaft ein weiteres Mal weltweit schlagzeilenträchtig verweigern könnte, wäre aber weder ihrem eigenen Selbstbewusstsein noch ihrem Ansehen in der Welt förderlich. Schlimmer noch: Die richtig verstandene Neutralität, die auch in der Uno sinnvoll genutzt werden könnte, wäre als innenpolitisch missbrauchter Mythos wohl endgültig zu Schanden geritten worden. ✦

Tashbih Sayyed

Das Kaschmir-Dilemma – Selbstbestimmungsrecht oder Djihad?

Ursprünglich handelte es sich bei der Kaschmir-Frage um einen Regionalkonflikt zwischen Indien und Pakistan. Das änderte sich, als 1977 in Islamabad Zia ul-Haq die Macht an sich riss. Der General war ein Wahhabit, ein von Saudi-Arabien inspirierter Fundamentalist. Den Kampf der Kaschmiri um ihr Selbstbestimmungsrecht wandelte er in einen Djihad um, in einen Religionskrieg.

Zia ul-Haq war bemüht, die traditionelle Religion des Islam durch die politische Ideologie des Islamismus zu ersetzen. Das war nicht nur eine Sache der Überzeugung, sondern diente auch seinen persönlichen Interessen. Er hatte ja einen rechtmässigen Ministerpräsidenten gestürzt, den in freien Wahlen mit grosser Mehrheit gewählten *Zulfikar Ali Bhutto,* und diesen dann im Gefängnis ermorden lassen. Deshalb fand der General beim Volk wenig Anklang und musste sich nun irgendwie eine eigene Machtbasis schaffen, die über den engen Rahmen der ihm ergebenen Offiziersclique hinausging. Als er seine Absicht bekannt gab, ein Regierungssystem zu schaffen, das auf eine Theokratie hinauslief, scharten sich die Islamisten um ihn und riefen ihn zum «Befehlshaber der Gläubigen» aus. Seine Regierung verschaffte ihnen die Möglichkeiten, ihre Ideologie des Hasses unter den Massen zu verbreiten. Dem ahnungslosen Volk war seine angestammte Religion des Islam lieb, deshalb liessen sich viele von den islamistischen Parolen des Generals erst einmal hinters Licht führen.

Eine gehörige Portion Glück war auch mit im Spiel. Während nämlich in Pakistan die Islamisten mit der Konsolidierung ihrer Macht beschäftigt waren, marschierten die Sowjets im Nachbarland Afghanistan ein. Das rief die Amerikaner auf den Plan. Zwecks Unterstützung des afghanischen Widerstands war Washington auf Islamabad angewiesen, somit wurde Pakistans Islamistenregime zum Partner der USA. Die islamistische Sprachregelung liess den Begriff *«nationaler Widerstand gegen die Fremdherrschaft»* nicht zu, sondern rief zum «Heiligen Krieg» (Djihad) gegen die Kommunisten auf. Den naiven Amerikanern gefiel das gar nicht schlecht, meinten sie doch, auf diese Weise könne man muslimische Freiwillige aus aller Welt für den Krieg in Afghanistan rekrutieren. Afghanistan wurde zum Übungsfeld für Djihad-Internationalisten, allerdings kämpften jene weder für die Afghanen noch für die USA. Sie machten den Religionskrieg zum Selbstzweck. Afghanistan sollte ihnen als Basis für Angriffe auf Ungläubige in aller Welt dienen. Kaum hatten sie dank amerikanischen Waffen die Sowjets vertrieben, richteten sie ihren ganzen Hass gegen die USA mit dem erklärten Ziel, nun auch noch die letzte verbliebene Grossmacht in die Knie zu zwingen.

Globale Folgen regionaler Konflikte

Es gibt keinen Konflikt, den man als eine regionale Auseinandersetzung verniedlichen könnte. Alle Konflikte, gleich, ob es um Gebietsforderungen oder sonstige Streitpunkte geht, sind für uns alle potenziell gefährlich, an welch entlegener Ecke des Weltdorfes wir auch immer leben mögen. Bittere Erfahrung hat uns eine schmerzliche Lektion erteilt, und nun sollten wir einer Befreiungsbewegung nicht mehr so schnell unter die Arme greifen ohne die genauen Umstände einer gründlichen Prüfung unterzogen zu haben. Von Islamisten getragene Bewegungen richten sich grundsätzlich gegen alle anderen Bewohner unserer Erde, nicht nur gegen die USA.

Im Falle Kaschmirs handelte es sich zu Beginn um einen Freiheitskampf gegen die indischen Besatzungstruppen. Die Forderung nach Selbstbestimmung wurde dann jedoch von den Islamisten in einen Anti-Hindu-Djihad umfunktioniert. Al-Qa`ida und die Taliban haben viele Gesichter, z. B. Organisationen wie Laschkar-e Tayba, Harkat-ul-Mudjahidin, Djesch-e Muhammad, Sipah-e Sahaba usw. Das sind Islamistenverbände, die in Kaschmir gegen die Inder kämpfen. Von Zeit zu Zeit verschwindet die eine oder andere Gruppe von der Bildfläche, nur um anderswo unter einem neuen Namen wieder aufzutauchen. Siegessichere pakistanische Islamisten sind der Meinung, Al-Qa`ida und die Taliban würden in Kaschmir eine Auferstehung erleben.

Laschkar-e Tayba hatte schon vor den indischen Kriegsdrohungen seine Basen aus dem pakistanischen Teil Kaschmirs auf die indische Seite verlegt. Damit sollte bewiesen werden, dass es sich nicht um ein von Pakistan abhängiges Gebilde handelt. Der Vorsitzende, *Hafiz Muhammad Sa`id,* ein Pakistaner, trat sein Amt an *Maulana Abdul Wahid* ab, der aus dem von Indien besetzten Teil Kaschmirs stammt. Damit besteht nun die gesamte Laschkar-Führung aus indischen Islamisten. Hafiz Sa`id behauptet, Laschkar als Terroristenorganisation einzustufen sei ungerechtfertigt. *«Wir haben dem amerikanischen Aussenministerium angeboten, diese Frage zu diskutieren, vor welchem Forum auch immer. Wir werden auch weiterhin internationale Stellen zu Debatten über diese Streitfrage auffordern.»*

Laut Sa`id greift Laschkar immer nur militärische Anlagen an. Es könne nicht ein einziges Beispiel von Angriffen auf Zivilpersonen angeführt werden; Terrorismus läge also nicht vor. Als Gegner habe man die indische Armee, die den Kaschmiri das Recht auf Volksabstimmung versage.

Vor einer Versammlung von etlichen zehntausend Sympathisanten verurteilte Sa`id die Bombardierung Afghanistans und pries den Mut und das Durchhaltevermögen der Taliban. Sie seien keineswegs angeschlagen und hätten sich mir ihren Waffen zurückgezogen, um zum geeigneten Zeitpunkt wieder in Erscheinung zu treten. Sa`id gelobte, das islamische Land Kaschmir vom indischen Joch zu befreien. Gleichzeitig bestritt er jedoch jede Verantwortung für den Dezember-Überfall auf das Parlament in Neu Delhi.

Kaschmir – in den Fängen des Islamismus

Infolge des Islamisten-Vormarsches in Südasien stellt Kaschmir gegenwärtig ein Dilemma dar, das vorerst kaum lösbar scheint. Al-Qa`ida und die Taliban nutzen die Freiheitsbewegung der Kaschmiri zu ihrem Vorteil. Schlösse Kaschmir sich Pakistan an, würde dies den Einfluss der Islamisten noch stärken, der ohnehin schon erheblich ist. Bleibt aber Kaschmir unter indischer Besatzung, dann könnte es noch gefährlicher als Tschetschenien werden. Es würde dann nämlich die Daseinsberechtigung für einen Djihadisten-Kult liefern. Die Islamisten würden diese Mentalität des Heiligen Krieges dazu benutzen, um noch mehr Taliban zu rekrutieren und weitere Organisationen wie Al-Qa`ida zu schaffen. Die Selbstmordkommandos würden dann nur noch zunehmen.

Sollte dagegen aus Kaschmir ein unabhängiger Staat werden, dann hätte es die Welt hier möglicherweise mit einem Taliban-Regime zu tun, das sich so leicht nicht beseitigen liesse. Kaschmir ist zum Teil recht dicht besiedelt, deshalb wäre es nicht ratsam, hier massiv zu bombardieren oder andere technische Wunderwaffen zum Einsatz zu bringen. Für die Islamisten wäre es andererseits ein Leichtes, in indischen Grossstädten zurückzuschlagen.

Wie soll man aus diesem politischen Engpass herauskommen? Meines Erachtens gibt es nur einen einzigen Weg: Alle Aufmerksamkeit, Energie und Gelder sollten darauf gerichtet werden, Pakistan, Kaschmir und die gesamte Region aus den Fängen des Islamismus zu lösen. Aus Arabien ist nun der Djihadismus dazu gekommen, die extremste Ausformung der totalitären Ideologie des Islamismus. Die Saudis müssen daran gehindert werden, ihren hasserfüllten und kulturfeindlichen Fundamentalismus in andere Staaten zu exportieren. Diese im Wahhabitentum verwurzelte faschistoide Weltanschauung droht andere Länder zu zerstören, wie am Beispiel Afghanistans auf schauerliche Weise veranschaulicht worden ist. Indien und Pakistan haben genug mit sich selbst zu schaffen. Die kritische Situation sollte nicht noch durch negative Einflüsse von ausserhalb verschlechtert werden. ✦

Tashbih Sayyed war in den Siebzigerjahren Chef des staatlichen Fernsehens in Pakistan, wurde dann von der Militärdiktatur inhaftiert, floh in die USA und ist heute, als Pakistani-American, Chefredaktor der in Kalifornien erscheinenden und mehrfach preisgekrönten Wochenzeitung Pakistan Today sowie der Vierteljahreshefte «South Asia in Review».

Khalid Durán

Afghanisches Prisma – das Chaos wird nur noch schlimmer

Rasanter Szenenwechsel bei den weltpolitischen Allianzen

Anfang des Jahres 2001 war keineswegs sicher, wer in Asien mit wem paktieren würde. Die Inder hielten erst einmal an ihrer alterprobten Achse mit Russland fest, freuten sich aber über das amerikanische Werben. Während der acht Clintonjahre war Washington auf Neu Delhi fixiert. Das Big Business der USA schwelgte in Zukunftsträumen, in deren Mittelpunkt eine Milliarde indischer Konsumenten stand.

Zweifelhafte Allianzen: Wer im globalen Überlebenskampf seine Interessen mit Gewalt durchsetzen will und nicht bereit ist, einen hohen Blutzoll zu entrichten, kann bei der Wahl seiner Bündnispartner nicht immer wählerisch sein (Kämpfer der Nordallianz vor einer Höhle in Afghanistan). (dpa) Quelle: Universitas, Januar 2002, Schwerpunkt «Globalisierung und Gerechtigkeit», S. 85.

Nicht von ungefähr war es *Zalmay Khalilzad,* der die amerikanischen Indien-Schwelgereien in einem Buch zusammenfasste, das als entscheidende Zukunftsperspektive für die Aussenpolitik der USA dienen sollte. Khalilzad, gebürtiger Afghane, ist ausschlaggebender Berater der US-Regierung in Sachen Afghanistan. Dass er anfänglich auf die Taliban-Karte setzte, ist ihm längst verziehen. 1996–1997 waren die Taliban die grosse Hoffnung nicht nur Saudi-Arabiens, sondern auch der Vereinigten Staaten. Dabei ging man von einem Arrangement mit Pakistan aus, das die Taliban ins Leben gerufen hatte.

Doch die Taliban erlagen den Verlockungen *Usama Bin Ladens* und mussten fallen gelassen werden. Damit verschlechterten sich die Beziehungen zu Pakistan, zumal dessen engster Verbündeter, China, zunehmend in Konflikt mit den USA geriet. Nun wurde in Washington ein Dreierbündnis anvisiert: Amerika–Indien–Russland, gegen China. Andererseits bestand aber auch die Variante China–Indien–Russland gegen USA. Deshalb ergingen sich die Inder in Gedankentricks über einen eventuellen Ausgleich mit China, was nach einem halben Jahrhundert des Antagonismus wahrlich einigen Aufwand an Flexibilität erforderte.

Pakistanische Kehrtwende

Früher stand Afghanistan als Teil der indisch-sowjetischen Achse auf Kriegsfuss mit der chinesisch-pakistanischen Achse, die lange Zeit auf gutem Fuss

mit den USA stand. Amerikanischerseits war man im Jahre 2001 erst einmal darauf erpicht, eine Allianz Indien–Russland–USA zu schaffen, in Konfrontation zur altbewährten Achse China–Pakistan. In Washington versprach man sich davon ein Nachgeben Moskaus gegenüber den amerikanischen Ölinteressen in Zentralasien.

Dann ereigneten sich die Anschläge vom 11. September und als Folge davon das militärische Eingreifen der USA in Afghanistan. Dieses Eingreifen erforderte die Kooperation der Pakistaner, und das führte zu einem umwerfenden Ergebnis: Islamabad schwenkte auf die amerikanische Linie um. War Pakistan bislang eine islamistische Version Nordkoreas, so bezog es jetzt eine fast türkische Position als säkularistischer Frontstaat gegen den Islamismus.

In Indien verursachte diese Kehrtwende des pakistanischen Präsidenten *Musharraf* Panikstimmung. Islamabad wurde von Washington mit einer Finanzspritze bedacht, ferner wurde Schuldenerlass in Aussicht gestellt. Alles zusammen handelte es sich um etliche Milliarden. Und dann würde ja nach dem Ende der Taliban das alte Pipeline-Projekt wieder in Angriff genommen werden, mit dem das Öl aus Turkmenistan (weit hochwertiger als das arabische) an die pakistanische Küste geleitet würde.

Sollte etwa Pakistan wieder seinen alten Platz zur Rechten des Vaters USA einnehmen und Indien an einen Tisch im Nebenzimmer verwiesen werden und dies nach all den grandiosen Beschwörungen einer amerikanisch-indischen Wirtschaftsgemeinschaft? Und das auch noch während der Amtszeit der rechtsradikalen Bharatiya Janata Partei? Das war zu viel für Neu Delhi, also wurde zum Jahresende die indische Kriegsmaschine in Gang gesetzt, einschliesslich der Raketen mit nuklearen Sprengköpfen. Ein Vorwand war leicht gefunden: ein islamistisches Selbstmordkommando hatte im Namen der Freiheitskämpfer des von Indien besetzten Kaschmir einen Anschlag auf das indische Parlament verüben wollen.

Nun bedurfte es massiven amerikanischen Druckes, die Inder von einem Angriff auf Pakistan abzuhalten. Für ein paar Tage sah es so aus, als würde es Indien zumindest gelingen, Pakistan zum bösen Buben abzustempeln und international zu isolieren. Doch auch daraus wurde nichts, denn General Musharraf ging nun noch schärfer gegen die Islamisten im eigenen Lande vor, löste die Basen der Kaschmir-Guerilla auf (sie zogen sich auf indisches Territorium zurück) und gewann dadurch international an Ansehen.

Pipelines und politische Altlasten

Es sieht deshalb so aus, als bliebe es bei der alten indisch-russischen Achse. Ungeachtet des demonstrativen Freundschaftsverhältnisses der Präsidenten *Bush* und *Putin* besteht die amerikanisch-russische Rivalität in Zentralasien fort. In Afghanistan vertieft sich hinter den Kulissen einer Regierung der «breiten Basis» die Nord-Süd-Spaltung. Mit *Hamid Karzai* haben die USA ihren Günstling an die Spitze der Regierung gesetzt. Karzai vertritt die saudi-amerikanische Firma UNOCAL mit ihren Pipeline-Vorhaben. 1995 bis 1996 hatte UNOCAL den Taliban zur Macht verholfen, um Gas- und Ölleitungen von Turkmenistan quer durch Afghanistan zur pakistanischen Küste zu legen. Leitungen könnten auch durch Iran gelegt werden, doch geht es Washington ja gerade darum, eine solche Abhängigkeit von Teheran zu vermeiden.

Iran ist nicht nur wegen dieser Ausschaltung empört, sondern will natürlich nicht dulden, dass sich die Amerikaner in Afghanistan festsetzen. Afghanistan hat nicht nur eine lange Grenze mit Iran, sondern die beiden Länder sind in vieler Hinsicht miteinander verwoben. Teile Afghanistans haben oftmals zu Iran gehört, und umgekehrt. Iran betrachtet Afghanistan als seinen Hinterhof, und nicht ganz zu Unrecht. Auf der anderen Seite ist der Osten Afghanistans eng mit Pakistan verflochten: geographisch, historisch, ethnisch und kulturell.

Als neuer Faktor kommen noch die Spannungen zwischen zwei der ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien hinzu: Usbekistan und Tadjikistan. Mit rund 23 Millionen Einwohnern ist Usbekistan die bevölkerungsreichste der zentralasiatischen Republiken. Das ungleich grössere Kasachstan hat nur etwa achtzehn Millionen, und Tadjikistan, neben Usbekistan gelegen, hat nur sechs Millionen Einwohner. Problematisch ist, dass etwa ein Fünftel der Einwohner Usbekistans Tadjiken, und fast ein Drittel der Einwohner Tadjikistans Usbeken sind. In beiden Staaten kommt es deshalb gelegentlich zu Ausschreitungen.

Geopolitisch gesehen ist entscheidend, dass die Amerikaner mit den Usbeken ins Geschäft gekommen sind, wogegen sich die Tadjiken sperren. Sie klammern sich an Russland, das sie militärisch abschirmt. In Afghanistan unterstützt die Achse Russland–Tadjikistan–Iran–Indien die Nordallianz, die im Wesentlichen von afghanischen Tadjiken getragen wird. Duschambe, Tadjikistans Hauptstadt, hat sich schon vor vielen Jahren in ein Ersatz-Kabul verwandelt, so viele Afghanen haben sich hier niedergelassen, sowohl Kommunisten als auch Islamisten.

Die Achse Usbekistan–USA, der noch Turkmenistan hinzugerechnet werden kann, sucht Rückhalt bei den Paschtunen im Süden Afghanistans und ist damit automatisch auf Pakistan verwiesen, wo wenigstens doppelt so viele Paschtunen leben wie in Afghanistan. Ausserdem sollen die Pipelines aus Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan an die pakistanische Küste geleitet werden.

Wird Beijing sich dann mit Moskau–Teheran–Neu Delhi zusammentun? Die Achse China–Pakistan ist wohl das beständigste politische Bündnis überhaupt. Fast könnte man sagen, dieses Verhältnis sei Chinesen und Pakistanern in Fleisch und Blut übergegangen. Doch nach einem Ausgleich zwischen Beijing und Washington sieht es zurzeit ganz und gar nicht aus.

Die Befreiung Afghanistans von den Taliban wird überwiegend positiv beurteilt, trotz der damit verbundenen zahlreichen Opfer. Übergangspräsident Karzai erfreut sich allgemeiner Beliebtheit, die angekündigte Rückkehr *Zaher Schahs,* des alten Königs, trifft auf grosse Zustimmung. Doch wird nichts richtig laufen, wenn nicht wenigstens zwanzigtausend ausländische Friedenstruppen in Afghanistan stationiert und mit weit reichenden Vollmachten ausgestattet werden. Die Kriegsherren von vor 1995, die sich meist wie Banditen und Wegelagerer benehmen, haben wieder das Sagen, und das Volk ist verängstigt. Das «Kartell von Kandahar», die zentrale Rauschgiftbehörde der Taliban, zerfällt in mehrere individuelle Unternehmen. Von jetzt an laufe doch in Afghanistan alles auf «breiter Basis», schmunzeln die Unternehmer, – eine sarkastische Anspielung auf die in Bonn aus der Taufe gehobene Regierung der «breiten Basis».

Taliban und Islamisten – der Unterschied ist kosmetisch

Afghanistans «Nordallianz» besteht aus zwei im Grunde genommen antagonistischen Komponenten. Da sind einmal die Islamisten als die stärkere Fraktion, die in der Übergangsregierung den Ton angeben, und da ist der Usbekengeneral *Raschid Dostam,* der eher das Gegenteil von einem Islamisten ist. Er beherrscht Mazar-e Scharif, Afghanistans drittgrösste Stadt, auch Hauptstadt des Nordens genannt.

In Bonn hatte man geglaubt, die Islamisten durch weit reichende Zugeständnisse für eine friedliche Lösung gewinnen zu können. So wurden der Nordallianz das Aussen- und Innenministerium sowie das Verteidigungsministerium überlassen. Die drei Minister gehören der Jam`iyat-e Islami an, einer totalitären Partei, die für die Tragödie Afghanistans nicht weniger verantwortlich ist als die moskauhörigen Kommunisten.

Vor den Taliban tobte Bürgerkrieg unter den miteinander rivalisierenden Islamisten. Persönliche Ambitionen erwiesen sich stärker als die gemeinsame Ideologie. Mullah *Rabbani,* Chef der Jam`iyat-e Islami, hätte 1994 den Präsidentensessel abtreten sollen, turnusmässig, wie mit den anderen Islamistenparteien vereinbart. Seine saudischen Finanziers flogen ihn nach Arabien und liessen ihn an der Kaaba, dem Heiligen Haus des Islam, schwören, er werde das Präsidentenamt dem designierten Nachfolger übergeben. Nach Hause zurückgekehrt, vergass der Mullah jedoch seinen heiligen Eid. Wird Washington sich durchsetzen, wo Mekka versagte?

Anlässlich der Bonner Konferenz wurde viel betont, die junge Garde der Nordallianz, verkörpert durch «Yuppies» wie Aussenminister *Abdullah Abdullah* und Innenminister *Yunus Qanuni,* hätte das Sagen in der Partei, «Präsident» *Rabbani* sei mehr oder weniger kaltgestellt. Das glaubt man in Afghanistan nicht. Das Plündern und Vergewaltigen der vor den Taliban herrschenden Islamisten Rabbanis hat man noch nicht verwunden. So sagt eine Vertreterin von RAWA (Revolutionäre Afghanische Frauengemeinschaft), der einzige Unterschied zwischen dem verjagten Talibanchef Mullah *Omar* und dem «Präsidenten» Rabbani bestünde in der Länge ihrer Bärte.

Der Zwist um ausländische Friedensschützer

Als auf einer Afghanistanveranstaltung im Ausland von einer demokratischen Zukunft geredet wurde, raunte Rabbanis Vertreter seinem Nachbarn auf Deutsch zu: *«Aber wir wollen doch gar keine Demokratie.»* Wegen dieser Haltung der Islamisten heisst im Lande schon seit über einem Jahrzehnt die Losung *«weder Kommunismus noch Islamismus, sondern Afghanismus!»*

Gegen diesen Hintergrund ist es zu verstehen, dass die Islamisten der Nordallianz *pro forma* zwar die in Bonn gebildete afghanische Übergangsregierung Karzai akzeptieren, *de facto* jedoch in Kabul ihre eigene Regierung eingesetzt haben, mit voller Unterstützung Moskaus. Kaum war Kabul von den Taliban befreit, da landete ein russisches Truppenkontingent und richtete ein Lazarett ein. Den englischen Friedenstruppen wurde dagegen von der Nordallianz geraten, lieber zu Hause zu bleiben. General *Fahim,* Verteidigungsminister in der Übergangsregierung Karzai, ist Militärchef der Islamisten und damit zurzeit der eigentlich starke Mann in Afghanistan. Er wollte nur ein ganz kleines Kontingent an UN-Friedensschützern zulassen, und auch nur für ein paar Wochen, mit stark beschränkten Befugnissen. Geeinigt hat man sich schliesslich auf die lächerliche Zahl von 4500 Friedensstiftern für einen Zeitraum von sechs Monaten. Ihr Wirkungsfeld ist auf Kabul beschränkt. Nun bemüht sich Islamistengeneral Fahim, das Einsatzdatum der ausländischen Truppen hinauszuschieben. Entgegen früherer Zusagen zieht er seine Soldaten nicht aus Kabul ab, angeblich könne man sie woanders nicht unterbringen.

Unter den Afghanen wartet jedoch eine grosse Mehrheit sehnsüchtig auf das Erscheinen der ausländischen Truppen. *«So viele wie möglich, und für so lange wie möglich, zehn Jahre oder länger»,* bekommt man überall im Land zu hören. Wichtig ist, dass die Truppen der Vereinten Nationen aus Staaten kommen, die nicht von vornherein in innerafghanische

Reibereien involviert sind. Afghanistan hat traditionell gute Beziehungen zur Türkei. Wenn schon muslimische Truppen, sagen viele Afghanen, dann sollten sie aus «modernen» Ländern kommen. Man fürchtet allerdings, die Türken würden sich auf die Seite von General Rashid Dostam stellen, einen usbekischen Kriegsherren, der zeitweilig in der Türkei Unterschlupf fand. Also möchte man lieber Deutsche oder Japaner, die haben in Afghanistan keine Verwandten, für die sie Partei ergreifen können.

Zurzeit sieht es so aus, als sollte der Skandalfall Bosnien wiederholt werden, wo UN-Truppen teils zu Geiseln und Opfern der serbischen Banden und teils zu deren Komplizen wurden. Als der britische Kommandeur in Kabul die Aufgaben der Friedensschützer aufzählte, nannte er an erster Stelle «Selbstschutz», also wie in Sarajevo. In Kabul wird der Selbstschutz womöglich noch nötiger werden, vor allem für Briten. *«Dann schon lieber Russen»,* bekommt man im Bazar zu hören. Afghanen denken historisch, und England ist der «Erbfeind».

Also wird das Bemühen von Amerikanern und Europäern, in Kabul eine regierungsfähige Verwaltung einzusetzen, noch auf heftigen Widerstand stossen. Die drei Nordallianz-Minister haben rasch ihre engen Beziehungen zu Teheran, Moskau und Neu Delhi ausgebaut und alle drei Staaten dazu bewogen, sich gegen den Einsatz von ausländischen Friedenstruppen in Afghanistan einzusetzen. Damit haben sie die Vereinten Nationen gewissermassen vor ein *fait accompli* gestellt. Jeder Korrekturversuch wird nun wieder zu verschärften Spannungen zwischen den Mächten führen. Die Aussenminister Irans und Pakistans setzten sich zusammen, um eine Behebung ihrer Afghanistanrivalität zu versuchen, doch wurde nichts daraus. Islamabad ist für den Einsatz von UN-Friedenstruppen, Teheran strikt dagegen.

Unterschätzte Afghanen

Freie Wahlen würden die Situation in Afghanistan grundlegend verändern, weil es im Untergrund starke politische Kräfte gibt, die modernistisch orientiert und durchaus demokratisch gesinnt sind. In dieser Hinsicht werden die Afghanen allgemein unterschätzt. So urwüchsig viele Stammesleute auch erscheinen mögen, und tatsächlich sind sie in der Mehrheit Analphabeten, haben sie doch erstaunlich klare Ansichten, die von einer bemerkenswerten Rationalität zeugen. Die Taliban waren ein Sonderphänomen. Sie sind ja in vieler Hinsicht Opfer einer grausamen Geschichte, da viele von ihnen als Kriegswaisen in pakistanischen Flüchtlingslagern aufwuchsen und dort von skrupellosen Parteibonzen indoktriniert wurden. Sie sind Menschen mit einem völlig verschrobenen Weltbild, wogegen die übrigen Afghanen generell aufgeschlossen und weltoffen sind. Der in der Weltpresse so viel betonte ethnische Faktor spielt gewiss eine Rolle, doch ist er leichter überwindbar als im Ausland allgemein angenommen wird.

Der Widerstand gegen die Sowjets wurde von Nationalisten begonnen, die dann aber keine Waffen erhielten und von den Islamisten in den Untergrund abgedrängt wurden, wo sie als eine Art Geheimbund weiterwirkten. Da sie von keiner Macht unterstützt wurden, dauerte es seine Zeit, bis sie sich wieder erholten und einen Nationalrat der Afghanischen Völker bildeten. In einer Südwestecke des Landes gelang es ihnen sogar, noch vor dem amerikanischen Einsatz das Joch der Taliban abzuschütteln und mit einer eigenen Verwaltung zu beginnen. Als dann die Kämpfe begannen, befreiten sie sogar Schindand, Afghanistans grössten Militärflughafen. Aus der Weltpresse konnte man den Eindruck gewinnen, das sei die Nordallianz gewesen. Die unabhängigen Nationalisten sind besonders im Westen entlang der iranischen Grenze aktiv. In der Region von Herat und der Südprovinz Nimruz haben sie Kommunalwahlen abgehalten und eine wirksame Verwaltung eingesetzt, die nun aber von Islamisten aus der Nordallianz bekämpft wird. Die internationale Berichterstattung neigt dazu, diese Konflikte zu entpolitisieren und rege Banditentätigkeit zu melden.

Dieses Beispiel illustriert die afghanische Situation wie kein anderes. Wer keine ausländische Macht hinter sich hat, wird ignoriert, als gäbe es ihn einfach nicht. Die Bonner Konferenz lud einen einzigen Vertreter der unabhängigen Nationalisten ein, doch wurde ihm dann mitgeteilt, er dürfe nur als Beobachter teilnehmen. Das kennzeichnet gewissermassen die gegenwärtige Situation der Mehrheit des afghanischen Volkes. Damit soll nicht gesagt werden, bei Wahlen ginge der Nationalrat der Afghanischen Völker als die stärkste Partei hervor, doch mit Sicherheit würde sich die politische Szene Afghanistans grundlegend verändern, und zwar zugunsten von Demokratie und Modernität. Voraussetzung dafür ist allerdings eine starke Präsenz von UN-Friedenstruppen mit weit reichenden Befugnissen, einschliesslich des Einsatzes von schweren Waffen. ✦

Khalid Durán ist ehemaliger Vorsitzender des Solidaritätskomitees für das afghanische Volk. Er gibt in Washington die Zeitschrift «TransIslam Magazine» heraus und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Middle East Forum in Philadelphia. Neuere Publikationen: «Children of Abraham». An Introduction to Islam for Jews, Ktav Publishing House, Hoboken NJ; Michael Pohly/Khalid Durán, «Osama bin Laden und der internationale Terrorismus», Ullstein Taschenbuchverlag, München 2001.